

2021 2022 BERICHT

**Islamismus
im Netz**

Kontakt

jugendschutz.net
Bahnhofstraße 8a
55116 Mainz
Tel.: 06131 3285-20
buero@jugendschutz.net
www.jugendschutz.net
facebook.com/hassimnetz
twitter.com/hassimnetz

Autorinnen und Autoren

Isabel Binzer, Michael Hebeisen, Franziska Heil,
Ingrid Hofmann, Flemming Ipsen, Bernd Zywiets

Verantwortlich

Stefan Glaser

Grafische Gestaltung

elements of art

Druck

Medienhaus Garcia

Bildnachweis

Bundesregierung/Steffen Kugler

Stand

November 2022

jugendschutz.net arbeitet mit gesetzlichem Auftrag
und fungiert als gemeinsames Kompetenzzentrum von
Bund und Ländern für den Jugendschutz im Internet.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*

kjm
Kommission für
Jugendmedienschutz

die
medienanstalten



Kofinanziert von der
Europäischen Union



Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar.
Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen/die Autoren die Verantwortung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

über das Internet können sich junge Menschen vernetzen, kommunizieren und informieren und junge Menschen können schnell und unkompliziert angesprochen werden.

Diese Kommunikationswege nutzen auch extremistische wie zum Beispiel islamistische Gruppierungen, um demokratie- und menschenfeindliche Sichtweisen zu verbreiten. Mittels Desinformationen, Verschwörungserzählungen und mit Bezug auf aktuelle Konflikte wird polarisiert, ein Schwarz-Weiß- und Wir-gegen-Die-Denken verbreitet. Besonders perfide ist dabei, dass sie hierfür echte gesellschaftliche und politische Probleme – wie Diskriminierung muslimischer Menschen – aufgreifen und gezielt für ihre auf Abschottung und Ausgrenzung gerichtete Agenda ausnutzen.

Kinder und Jugendliche sind hier besonders schutzwürdig, weil sie im Netz und vor allem in den Sozialen Medien nach Rat, Orientierung und Zugehörigkeit suchen. Sie informieren sich dort über Ereignisse, deren Einordnung und auch moralische Deutung. Das nutzen islamistische Gruppierungen, um ideologisch gefärbte und vereinfachte Antworten zu liefern, Interpretationen zu bieten und Fakten so zu verzerren, dass sie in ihr Weltbild passen.

Darum ist es so wichtig, Kinder und Jugendliche zu schützen und zu stärken. Es braucht Medienkompetenz und ein Bewusstsein für demokratische Werte wie Vielfalt – aber auch das stärkere Vorgehen gegen Verstöße gegen den Jugendschutz. Dabei sind auch große Social-Media-Plattformen in der Pflicht. Sie müssen selbst Inhalte bewerten und ggf. löschen oder einordnend kenntlich machen oder über geeignete Schutzeinstellungen Kinder und Jugendliche im Umgang mit digitalen Medien unterstützen.

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ist mit dem novelliertem Jugendschutzgesetz 2021 und dem Aufbau der Bundeszentrale für Kinder- und Jugendmedienschutz wichtige Schritte gegangen.

Ich danke jugendschutz.net für die mit diesem Bericht vorgelegten Erkenntnisse des Monitorings in den Jahren 2021 und 2022 im Bereich Islamismus. Wir brauchen solche Erkenntnisse – darum fördert das Bundesfamilienministerium jugendschutz.net als Teil des Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“.

Ich wünsche allen Beteiligten für ihre Arbeit weiterhin viel Erfolg.

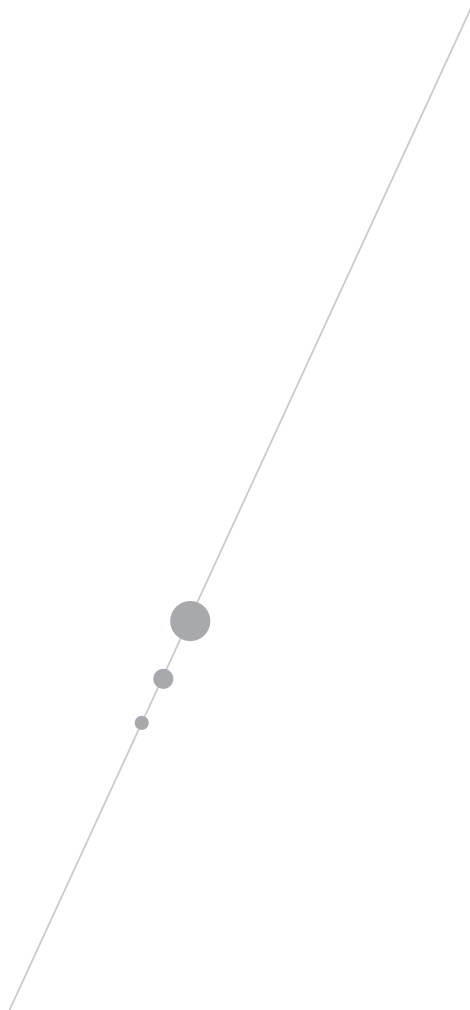
Mit freundlichen Grüßen



Lisa Paus, MdB

Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend





DIMENSIONEN UND TRENDS ISLAMISTISCHER PROPAGANDA

Krieg in der Ukraine:

Verschwörungsglaube und Rachefantasien

Feindlichkeit gegen LGBTIQ+:

Trendthema islamistischer Onlinepropaganda

Von Verharmlosung bis Verehrung:

Reaktionen auf die Machtergreifung der Taliban

Fake News in islamistischer Propaganda:

Stimmungsmache gegen „den Westen“

Selbstinszenierung von Islamist:innen:

Jugendaffine Mischung aus Lifestyle und Agitation

Von der Straße ins Netz:

Offline-Online-Aktionen gezielt kombiniert

Kein Platz für Demokratie:

Die Bundestagswahl 2021 im islamistischen Weltbild

Türkischer Ultranationalismus:

Genozid-Leugnung und Revanchismus

VERSTÖSSE UND MASSNAHMEN

ZAHLN IM ÜBERBLICK

DIMEN SIONEN UND TRENDS

Kinder und Jugendliche laufen Gefahr, im Internet auf islamistische Inhalte zu stoßen. Aktuelle Anspracheformen von Islamist:innen bestechen durch pseudointellektuelle Argumentationen und ansprechende Aufmachung. Sie knüpfen an berechtigte Rassismuskritik, Flucht- und Diskriminierungsdebatten westlicher Staaten an, um eine möglichst große Identifikationsfläche besonders für junge Muslim:innen in Deutschland zu schaffen. Ihr Auftreten orientiert sich zum Teil an dem authentischer, nahbarer und erfolgreicher Influencer:innen und verknüpft Lifestyle mit attraktiven Formen des politischen Engagements. Das macht es gerade jüngeren Menschen schwer, die extremistische Weltsicht und die ideologisierenden Absichten hinter Ratgeber- und Meinungsbeiträgen, (Fake-)News und Einordnungen des Zeitgeschehens zu erkennen.

Islamistische Propaganda im Netz ist somit immer auch Ergebnis ständiger Anpassungsprozesse. Dies nicht nur hinsichtlich rechtlicher Regelungen und Plattform-Nutzungsrichtlinien gegen Onlinehass und -hetze, sondern auch mit Blick auf Social-Media-Trends. Islamist:innen docken an jugendliche Mediennutzungs- und Sehgewohnheiten an und erreichen in kürzester Zeit viele Nutzer:innen. Dass mit solchen modernen, webkulturell offenen Auftritten und Formaten auch vielfalts- und menschenfeindliche Aussagen verbreitet werden, bedeutet für Islamist:innen keinen Widerspruch.

jugendschutz.net beobachtete in islamistischer Onlinepropaganda vermehrt Kommunikationsstrategien mit starkem Bezug auf politische Ereignisse. In den Berichtszeitraum Januar 2021 bis Juli 2022 fiel u. a. der Gaza-Konflikt 2021 und die Machtergreifung der Taliban in Afghanistan und die ersten Monate des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Auch das im öffentlichen Diskurs zunehmend präsente Thema geschlechtlicher und sexueller Identität(en) wird von Islamist:innen für die eigenen Zwecke instrumentalisiert. Dies nicht zuletzt, um gerade junge Menschen für sich, ihre Wertvorstellungen und Auffassungen von Lebensführung und politischer Ordnung zu werben.

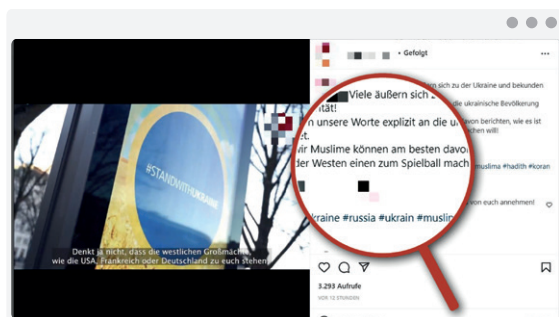
Krieg in der Ukraine: Verschwörungsglaube und Rachefantasien

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine seit Februar 2022 wird in islamistischer Online-propaganda vielfach aufgegriffen. Islamist:innen geben sich mit der ukrainischen Bevölkerung solidarisch. Sie greifen deren Leid jedoch vor allem auf, um sie als Spielball westlicher Staaten darzustellen, deren Unterstützung nur Heuchelei sei.

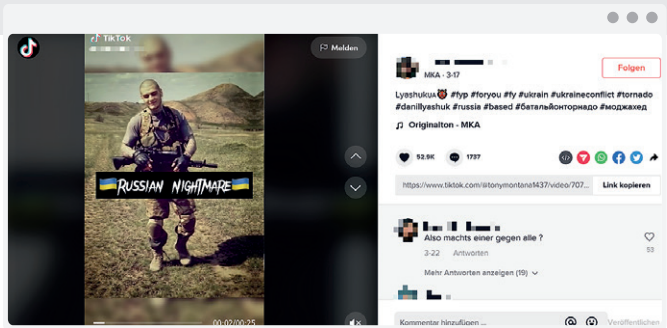
Islamist:innen, die der in Deutschland verbotenen Hizb ut-Tahrir nahestehen, zeichnen damit das in ihrer Propaganda gängige Bild eines skrupellosen und scheinheiligen Westens. Dieser opfere andere für die eigenen Machtinteressen und handle nur scheinbar im Namen höherer Werte wie Freiheit und Menschenwürde. Die Ukraine werde für die Auseinandersetzung mit Russland instrumentalisiert. Hier docken Islamist:innen mit ihrem Opfernarrativ an, nach dem sie Muslim:innen als von westlichen Staaten systematisch Verfolgte deuten. Die breite Solidarität mit den Ukrainer:innen nutzen islamistische Akteur:innen für eigene Anliegen, um sich mit ihnen gleichzusetzen.

Islamist:innen werfen außerdem westlichen Ländern Doppelmoral und Diskriminierung im Umgang mit ukrainischen und muslimischen, etwa syrischen, Geflüchteten vor. Ukrainer:innen würden aufgrund ihrer Herkunft bevorzugt und besser behandelt. Das beweise die grundsätzliche Ablehnung muslimischer Menschen.

Insbesondere jungen Menschen fällt es schwer, solche Behauptungen als Teil einer übergeordneten islamistischen Indoktrination zu durchschauen. Denn für die extremistische Weltanschauung werden legitime Kritikpunkte und reale Ungerechtigkeiten missbraucht. Vereinfachte, provokante Slogans und Überschriften zielen auf ein simples Schwarz-Weiß-Denken. Derartige Inhalte auf jugendaffinen Diensten erzielen hohe Reichweiten und locken auf weitere Beiträge, die tiefer in islamistische Gedankenwelten einführen.



Islamist:innen inszenieren „den Westen“ als skrupellos.
(Quelle: Instagram; Original unverpixelt)



Islamist:innen als „coole“ Kriegsheld:innen gegen Putin.
(Quelle: TikTok; Original unverpixelt)

Nicht nur „der Westen“ ist ein Feindbild in islamistischer Propaganda zum Ukrainekrieg. Dschihadistische Gruppen auf Telegram feiern auch russische Verluste: Moskaus Militär erhalte in der Ukraine nun Allahs gerechte Strafe für die Kriege gegen Muslim:innen in Syrien und Afghanistan. Einschlägige Kanäle teilen Bilder und Videos von zerstörten russischen Panzern und Kampffjets, aber auch von getöteten Soldat:innen auf beiden Seiten. jugendschutz.net beobachtete auf Telegram wiederholt Fälle von drastischen Gewaltdarstellungen und Beiträge, welche die Menschenwürde verletzen.

Sich an die Seite der Ukraine gegen Russland zu stellen, lehnen dschihadistische Kreise aber ab. Es handle sich letztlich um einen Kampf zwischen „Kuffar“ (dt. „Ungläubigen“) oder „Demokratien“ untereinander. Wahre Dschihad-Kämpfer würden ihre Stärke nur für Allah und die Scharia einsetzen.

Auf TikTok werden verstorbene oder inhaftierte Islamist:innen, die in der Vergangenheit gegen Russland kämpften, als glorreiche Held:innen im Kampf gegen Putin herbeigesehnt. Videos mit Bezeichnungen wie „Two Men Who Terrified Putin“ zeigen Fotos islamistischer Terrorist:innen, die sich an post-sowjetischen Unabhängigkeitskämpfen wie etwa in Tschetschenien beteiligt haben. Untermauert mit dschihadistischen Kampfgesängen lassen diese Videos vermeintliche Kriegsheld:innen auf junge User:innen wie „coole“ Vorbilder wirken. Krieg und die Beteiligung am militanten Dschihad werden als attraktiv und ehrenhaft verkürt.

Feindlichkeit gegen LGBTIQ+: Trendthema islamistischer Onlinepropaganda

Vor allem im „Pride“-Monat Juni zeigten immer mehr Menschen, Institutionen und Firmen öffentliche Solidarität mit der LGBTIQ+-Community. „LGBTIQ+“ (lesbian, gay, bisexual, transgender, intersex, queer und Weitere) bezeichnet Menschen, die sich als nicht heterosexuell und „cisgender“ (Geschlechtsidentität stimmt mit Körperidentität überein) identifizieren. Entsprechende Organisationen und Aktivist:innen treten für deren Rechte und gesellschaftliche Akzeptanz ein. Die verstärkte Sichtbarkeit des Themas nehmen auch Islamist:innen wahr und stellen sie als „Bedrohung“ dar.



Gemäß konservativer Auslegung des Islam gilt Homosexualität als Sünde. Besonders Anhänger:innen fundamentalistischer Ideologien betrachten LGBTIQ+-Personen als unislamisch, unnatürlich oder krankhaft und lehnen sie samt der ihnen zugeschriebenen Lebensführung strikt ab. jugendschutz.net beobachtet seit Juni 2021 verstärkt Social-Media-Beiträge, in denen sich Islamist:innen abwertend bis offen feindlich gegenüber genannter Menschen(-gruppen) äußern. Repressionen gegen queere Personen in der Türkei anlässlich einer Pride-Veranstaltung im Juni 2022 etwa stießen auf große Zustimmung.

Auf einschlägigen Social-Media-Profilen wird über die LGBTIQ+-Bewegung von einer „abscheulichen Lebensweise“ gesprochen. Diese „Welle“ ziehe sich „penetrant durch die Welt“. LGBTIQ+ werden als eine Art Sekte oder Krankheit diffamiert und herabgewürdigt. Einzig Partnerschaften von Mann und Frau und die traditionelle islamische Lebensweise seien von Gott gewollt und zu billigen. Zudem wird Homosexualität mit Pädophilie und Pädokriminalität gleichgesetzt. Sie gehöre als Verbrechen bestraft. Vor allem Kinder und Jugendliche seien davor zu schützen.

Türkisch für „Nur der Islam schützt deine Familie“ – Vor der LGBTIQ+-Bewegung gelte es sich abzuschirmen.
(Quelle: Telegram; Original unverpixelt)



Islamistische Gruppierungen

verknüpfen ihre Hetze gegen LGBTQ+-Personen auch mit anderen zentralen Themen ihrer Agenda oder setzen auf Prominente, um Aufmerksamkeit auch unter jungen Follower:innen zu erreichen. So wurde in einem Instagram-Post Fußballer Mesut Özil mit seinem Sportkollegen Josh Cavallo verglichen. Cavallo bekannte sich 2021 öffentlich zu seiner Homosexualität, Özil setzte sich für die verfolgten muslimischen Uiguren in China ein. Während Özils Verein Arsenal Cavallos Outing begrüßte, distanzierte er sich von Özils Solidaritätsbekundung.

Islamist:innen nutzten dies für ihre Propaganda, kritisierten die „Doppelmoral“ westlicher Gesellschaften, vermeintlich pervertierte Wertmaßstäbe und muslimfeindliche Einstellungen. Unterdrückte Muslim:innen und der Einsatz für sie – so ihre Botschaft – hätten weniger Wert als „unnatürliche“ Homosexuelle und das Engagement für Gleichgeschlechtlichkeit und sexuelle Vielfalt. Nicht-heterosexuelle Orientierungen werden als unvereinbar mit dem „wahren Glauben“ dargestellt und als Indikator für die Verwerflichkeit liberaler Gesellschaften. In den Kommentaren beobachtete jugendschutz.net das Verächtlichmachen freiheitlich-demokratischer Werte.

Post über „Doppelmoral des Westens“:
Muslim:innen würden abgelehnt,
Homosexualität dagegen befürwortet.
(Quelle: Instagram; Original unverpixelt)

Auch Menschen mit Transidentität werden zum Ziel von Onlineattacken, indem z. B. Geschlechtsumwandlungen mit krankhafter Selbstverstümmelung gleichgesetzt werden. jugendschutz.net registrierte Fälle, in denen massiv gegen sie wie gegen andere LGBTQ+-Personen gehetzt und zu deren Verletzung oder gar Tötung aufgerufen wurde.

In deutschsprachiger Propaganda wurden auch entwicklungsbeeinträchtigende Inhalte beobachtet, in denen reale Repressionen gegen LGBTQ+-Personen befürwortet und sie als ein „Problem“ bezeichnet werden, das es „zu lösen“ gelte.

Von Verharmlosung bis Verehrung: Reaktionen auf die Machtergreifung der Taliban

Die Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im August 2021 wurde in islamistischer Onlinepropaganda intensiv aufgegriffen. Islamist:innen nutzten die bestehende Verunsicherung, um für ihre ideologischen Ziele zu werben. Viele junge Menschen wandten sich in Kommentarspalten aktiv an islamistische Gruppen, um online schnell und einfach eine Einordnung der Ereignisse zu erhalten.

jugendschutz.net beobachtete auf diesen Kanälen eine Verharmlosung der islamistischen Taliban: In relativierenden Videos mit Titeln wie „Taliban – Gut oder böse?“ werden Falschinformationen durch westliche Medien unterstellt und verfolgte, ermordete Gegner:innen verschwiegen oder Gewalt verharmlost.

Überwiegend nutzten Islamist:innen die Situation in Afghanistan zur Hetze gegen die USA, Deutschland und allgemein gegen „den Westen“. Deutsche Medien wurden als Verbündete einer muslimfeindlichen politischen Agenda dargestellt. Falschinformationen über die Taliban seien von ihnen daher nur zu erwarten. Junge Menschen, die sich größtenteils online informieren, sollten das Vertrauen in öffentliche Medien verlieren und stattdessen auf vermeintliche Nachrichten-Accounts etwa bei Telegram oder Instagram zurückgreifen, die islamistische Propaganda unter dem Deckmantel der Information verbreiten.



Taliban im afghanischen Staatsfernsehen werden als „frische Gesichter“ begrüßt, ihre Gewaltherrschaft ignoriert oder verharmlost. (Quelle: Facebook; Original unverpixelt)

Islamist:innen griffen legitime Kritik an militärischen Einsätzen der USA und ihrer europäischen Verbündeten auf, um damit einhergehende Wut und Frustration im Sinne der eigenen Weltanschauung zu lenken und die Gesellschaft zu polarisieren. In ihrem Weltbild setzen sie der „muslimischen Weltgemeinschaft“ (die sog. „Umma“) „den Westen“ mit seiner als „kranke Ideologie“ diffamierten Demokratie als Feind entgegen. Dabei wird nicht unterschieden zwischen den USA, Europa, Deutschland, deren Außenpolitik und der deutschen, nicht-muslimischen Bevölkerung. Besonders junge Muslim:innen sollen sich nicht als Teil der deutschen Gesellschaft fühlen, sondern Zugehörigkeit einzig in der muslimischen Gemeinschaft suchen.

Anhänger:innen der in Deutschland verbotenen islamistischen Organisation Hizb ut-Tahrir werten den Vormarsch der Taliban als Erfolg für die Muslime. Er bilde den Ausgang für ein Kalifat, d. h. für einen islamischen Gottesstaat. Das Handeln der Taliban sei heldenhaft und hätte Vorbildfunktion für alle Muslim:innen. Dschihadistische Social-Media-Kanäle deuten die Machtergreifung unverhohlen als „Sieg für die Scharia“: Man solle für die Taliban ebenso beten wie für die Dschihad-Kämpfer in Syrien.



„Cooler“ Taliban-Kämpfer bildwirksam in Kontrast zum ratlos wirkenden amerikanischen Präsidenten Biden.
(Quelle: Instagram; Original unverpixelt)

jugendschutz.net registrierte Fälle von Volksverhetzung u. a. gegen Frauenrechtler:innen. Viele Hass- und Propagandabeiträge liegen jedoch unterhalb der Strafbarkeitsgrenze. In ihnen wird etwa die antidemokratische und menschenrechtsverletzende strikte Auslegung der Scharia (islamisches Rechtssystem) durch die Taliban subtil befürwortet und propagiert. Rechtliche Handhabe gestaltet sich auch schwierig, weil die Taliban und deren Parolen und Kennzeichen in Deutschland nicht als verfassungsfeindliche Gruppierung verboten sind.

Fake News in islamistischer Propaganda: Stimmungsmache gegen „den Westen“

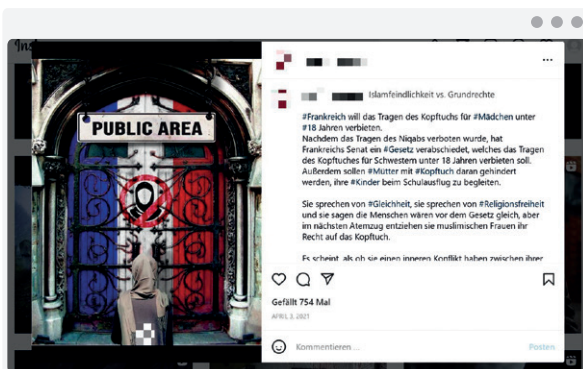
Islamistische Gruppierungen mit großer Reichweite auf Social Media nutzen ihre Online-präsenzen, um systematisch irreführende Umdeutungen und Fake News zu verbreiten. Im Frühjahr 2021 kursierte auf entsprechenden Seiten die Behauptung, dass in Frankreich das Kopftuch in der Öffentlichkeit für minderjährige Mädchen per Gesetz verboten worden sei. Zwar wurde ein entsprechender Gesetzesentwurf im französischen Senat eingebracht, er war bis zum besagten Zeitpunkt aber weder abschließend in der Nationalversammlung abgestimmt noch verabschiedet.

Fake News gehen häufig auf Informationen mit einem wahren Kern zurück, die jedoch für die eigenen Propagandazwecke nutzbar gemacht werden. So werden Ereignisse und

Entwicklungen von islamistischen Akteur:innen selektiv kuratiert oder umgedeutet und in emotionalisierender Weise aufbereitet, statt z. B. differenzierte Kritik zu üben.

Islamist:innen setzen Fake News zur Stimmungsmache auf Social Media ein, um vermeintlich „westliche“ Werte als illegitim abzuwerten. Es wird das Bild einer Gesellschaft gezeichnet, in der Muslim:innen nicht willkommen seien. Durch gezieltes Anknüpfen an echte Diskriminierungserfahrungen schaffen sie damit eine große Identifikationsfläche für junge Menschen, die sich muslimisch identifizieren. Sich selbst inszenieren sie als einzig wahre Verteidiger:innen der Muslim:innen.

Besonders für Jugendliche auf der Suche nach Zugehörigkeit, die Erklärungen für erlebte und beobachtete Ungerechtigkeiten suchen, sind diese schlichten Deutungsmuster und Identifikationsmöglichkeiten attraktiv. Sie können daher gesellschaftliche Selbstabgrenzung und Schwarz-Weiß-Denken junger Muslim:innen befördern.



Emotionalisierendes Symbolbild: Muslim:innen würden in Frankreich aus der Öffentlichkeit verdrängt.
(Quellen: Twitter, Instagram; Original unverpixelt)



Auf Facebook und YouTube beobachtete jugendschutz.net eine Fake-News-Kampagne deutscher Islamist:innen, die der in Deutschland seit 2003 verbotenen Hizb ut-Tahrir nahestehen. Mit aktivistisch anmutenden Hashtags wie #KampfUmUnsereKinder versuchten sie in Deutschland, Desinformationen über vermeintliche Massenentführungen muslimischer Kinder in Schweden zu verbreiten und Wut und Furcht zu schüren.

Auch hier basierte die Information auf Teilwahrheiten, wurde aber aus ihrem Ursprungskontext gerissen. Tatsächlich gab es in den vergangenen Jahren vermehrt sozialdienstliche Inobhutnahmen bei muslimischen Familien. Schwedische Behörden begründen dies jedoch mit der gestiegenen Zuwanderung seit der Fluchtbewegung 2015 und dadurch prekärer Lebenssituationen vieler Betroffener. Islamist:innen instrumentalisieren die Ereignisse, um ihr Narrativ eines globalen „Kampfes gegen den Islam“ zu nähren.

Setzen auf Betroffenheit: Bilder von verzweifelten Kindern schüren Emotionen in der muslimischen Community. (Quelle: Facebook; Original unverpixelt)

Mit solchen reißerischen Behauptungen, Verkürzungen und Verdrehungen suggerieren islamistische Gruppierungen, dass in europäischen Ländern muslimische Kinder misshandelt würden. Rhetorisch geschickt beschwören sie eine universelle Bedrohung für alle in westlichen Ländern lebenden Muslim:innen.

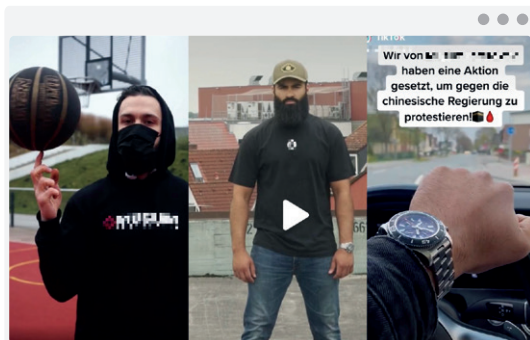
Kinder und Jugendliche sind durch Fake News einem hohen Manipulationsrisiko ausgesetzt. Falschinformationen können Ängste und Verunsicherung hervorrufen, aber auch Hass gegen gesellschaftliche Gruppen begünstigen. Die Aufmachung als Nachricht will Seriosität und Faktentreue suggerieren. Die zunehmende Konfrontation mit Fake News in islamistischer Onlinepropaganda kann ein tiefes Misstrauen in die demokratische Gesellschaft hervorrufen und verstärken. Sozialer Rückzug und wachsende Isolation sorgen wiederum dafür, dass nur noch islamistische Deutungen wahrgenommen und geglaubt werden.

Selbstinszenierung von Influencer:innen: Jugendaffine Mischung aus Lifestyle und Agitation

Seit Anfang 2021 treten neue, zunehmend populäre islamistische Akteur:innen in Erscheinung, die sich von älteren Gruppierungen in Stil und Auftreten deutlich abheben. Formelle religiöse Titel und lange Koranzitationen spielen bei ihnen keine Rolle. Statt als Glaubensautoritäten, Lehrer:innen und Prediger:innen geben sie sich als junge und nahbare Kumpeltypen, als sportlich, stylisch und beruflich erfolgreich.

Dafür setzen sie verstärkt auf Social-Media-Dienste mit schnell konsumierbaren Bild- und Videoinhalten wie Instagram und TikTok. Die Videos sind in ihren Botschaften sparsam und eingängig. Sie weisen Fremdgruppen Schuld z. B. an gesellschaftlichen Missständen zu und verlangen ihren Zuschauer:innen wenig Eigeninitiative ab. Frauen werden darin fast nicht repräsentiert.

Dieses Erscheinungsbild und die neue Form der Ansprache macht es Jugendlichen leicht, sich mit ihnen zu identifizieren. Ihr Auftritt orientiert sich an erfolgreichen Influencer:innen, indem sie sich als authentisch und nahbar geben. Durch ihre Selbstdarstellung in unterschiedlichen Sozialen Medien werden Heranwachsende erreicht und eine Präsenz über verschiedene Plattformen hinweg gepflegt. Jungen Nutzer:innen wird das Gefühl vermittelt, einfach und direkt mit ihnen in Austausch treten und durch das Liken und Teilen ihrer Inhalte zum Erfolg der jungen Social-Media-Aktivist:innen und ihrer Aktionen beitragen zu können.



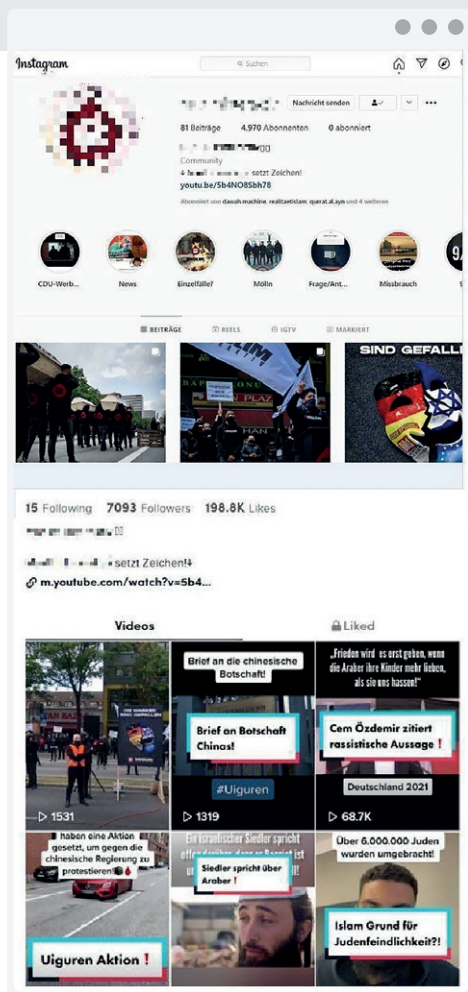
Jung, sportlich, mit „Hipsterlook“ und Statussymbolen: Aktivistisch auftretende Islamisten in Social Media.

(Quellen: Instagram, TikTok; Original unverpixelt)

Von der Straße ins Netz: Offline-Online-Aktionen gezielt kombiniert

Bei jungen Menschen beliebte Dienste wie TikTok und Instagram nutzen Islamist:innen auch, um ihre Propaganda möglichst breit und über mehrere Kanäle hinweg zu streuen. Ein neuer Trend ist dabei die geschickte Kombination von Offline- und Online-Aktionen. Dank aufwändiger Planung und medialer Begleitung gelingt es den Akteur:innen damit, eine hohe Reichweite zu erzielen. So führte eine islamistische Gruppe aus Norddeutschland, die der Hizb ut-Tahrir nahesteht, im Mai 2021 eine aufsehenerregende Kundgebung zum Nahostkonflikt durch. Noch während der Veranstaltung luden die Akteur:innen Videoaufzeichnungen davon auf verschiedenen Social-Media-Accounts hoch und erreichten damit binnen kürzester Zeit zehntausende Klicks.

Es folgten ähnliche kombinierte Aktionen, etwa Protestveranstaltungen anlässlich der Unterdrückung der muslimischen Uiguren in China. Diese Events kündigten die Akteur:innen im Vorfeld an und inszenierten sie im Anschluss in Social Media als Erfolg. Bei solchen Kampagnen geht es weniger darum, für die Kundgebung zu mobilisieren und hohe Teilnehmer:innenzahlen zu erzielen. Vielmehr soll die Offline-Aktion nachträglich technisch aufwändig und visuell möglichst ansprechend aufbereitet werden. Statt inhaltlicher Botschaften steht eine emotionalisierende Bildsprache im Vordergrund, die oft an jugendliche Sehgewohnheiten und populäre Medienformate wie Hiphop-Videos anknüpft.



In Echtzeit teilen Islamist:innen Inhalte zu Offline-Aktionen auf ihren Social-Media-Accounts.
(Quellen: Instagram, Facebook, TikTok; Original unverpixelt)

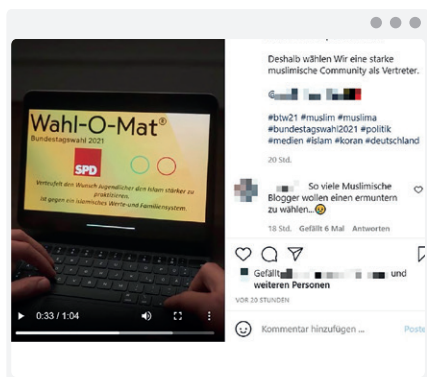
Kein Platz für Demokratie: Die Bundestagswahl 2021 im islamistischen Weltbild

Islamistische Gruppen riefen vor der Bundestagswahl 2021 zum Wahlboykott auf. Nur Allah stünde es zu, Gesetze zu erlassen. Der Bundestag sei als Institution daher unislamisch. Sowohl die Arbeit im Bundestag als auch die Wahl dazu seien also von Muslim:innen zu unterlassen.

Islamist:innen stellen damit die von ihnen ausgelegte, für sie einzig wahre islamische Lebensführung als unvereinbar mit der Demokratie dar. Hinter dem Aufruf zum Boykott steckt auch das Gedankengut der in Deutschland verbotenen islamistischen Bewegung Hizb ut-Tahrir, die ein Kalifat – einen Staat nach islamischem Vorbild – anstrebt.

Die Ablehnung der Bundestagswahl begründeten Islamist:innen zudem mit einer angeblich generellen muslimfeindlichen Agenda der deutschen Politik und ihrer Parteien. Ein Video aus islamistischen Kreisen zeigte einen erfundenen Wahl-O-Mat, der vermeintlich anti-muslimische Einstellungen jeder deutschen Partei offenlegt. Die Bundestagswahl gleiche der Wahl für verschiedene „Gifte“. Macht, Gehör und Veränderung im Sinne der Islamist:innen würden Muslim:innen einzig in einer „starken muslimischen Community“ finden und erreichen.

Insbesondere junge User:innen, die sich muslimisch identifizieren und auf der Suche nach politischer Orientierung im Netz nicht selten auf Beiträge islamistischer Gruppierungen stoßen, sind angesichts dieser Darstellungen einem hohen Manipulationsrisiko ausgesetzt. Sie sollen dem politischen System in Deutschland misstrauen und demokratische Grundprinzipien wie Volkssouveränität oder Gewaltenteilung ablehnen.



Ein erfundener Wahl-O-Mat inszeniert alle Parteien als muslimfeindlich.
(Quelle: Instagram; Original unverpixelt)

Türkischer Ultranationalismus: Genozid-Leugnung und Revanchismus

Akteur:innen des türkischen Rechtsextremismus in Deutschland, etwa der militanten Grauen Wölfe, versuchen auf allen Plattformen, Heranwachsende mit türkischem Migrationshintergrund für ihre Ideologie zu gewinnen. Im Zentrum steht ein Ultranationalismus, der nationalistische, chauvinistische und islamistische Elemente verbindet. Auf Deutsch und Türkisch werden Jugendliche gedrängt, ihre eigene Identität für ein vermeintlich kollektives türkisches Nationalbewusstsein abzugeben oder ihm unterzuordnen. Dabei wird an Ausgrenzungserfahrungen von Heranwachsenden mit türkischem Hintergrund in Deutschland angeknüpft.

Kern der Ideologie ist die Überhöhung eines vermeintlich kulturell überlegenen „Türkentums“ und angeblich Jahrtausende alten homogenen türkischen Volkes. Religiöse und ethnische Minderheiten der heutigen Türkei, etwa Kurd:innen und Alevit:innen, werden abgelehnt. Das gilt auch für Angehörige dieser Gruppen in Deutschland. Türkische Ultranationalist:innen outen sogar Kinder und Jugendliche online als „kurdisch“ und greifen sie an. Auch weitere politisch Andersdenkende, Homosexuelle, Jüdinnen und Juden werden attackiert.



Wichtiger Bezugspunkt türkischer Ultranationalist:innen:
Leugnung des Genozids an den Armenier:innen.
(Quelle: Facebook, Original unverpixelt)

Besonderen Stellenwert im türkischen Ultranationalismus hat die Idealisierung des 1922 aufgelösten osmanischen Reiches. Es wird als Vorbild für den modernen türkischen Staat gefeiert. Damit einher geht die offensive Leugnung des Völkermords an den Armenier:innen 1915/16 sowie die Formulierung von revanchistischen Gebietsansprüchen gegenüber heutigen Nachbarländern. Ultranationalisten präsentieren so ihre eigenen Geschichtsbilder in Sozialen Medien. Die Gefahr, dass junge Nutzer:innen sie übernehmen, ist umso höher, als diese Themen oder Gegenpositionen dort sonst nicht vorkommen.

VER STÖSSE UND MASS NAHMEN

Islamistische Inhalte und Angebote im Netz können junge Menschen in ihrer Entwicklung beeinträchtigen oder gar gefährden. Jugendschutzverstöße im Internet müssen daher zum Schutz von Kindern und Jugendlichen schnell beseitigt werden. jugendschutz.net nimmt hierzu Kontakt mit Anbietern auf. Ist ein deutscher Verantwortlicher ersichtlich, wird der Fall an die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) bzw. die zuständige Landesmedienanstalt weitergeleitet. Bei erkennbarer Gefahr für Leib und Leben werden die zuständigen Polizeibehörden oder das Bundeskriminalamt (BKA) informiert.

Insbesondere Social-Media-Dienste sind für islamistische Onlinepropaganda von hoher Relevanz. Alle von jugendschutz.net im Themenfeld Islamismus registrierten 557 Verstoßfälle fanden sich im Berichtszeitraum Januar 2021 bis Juni 2022 auf solchen Diensten. Über 90 % dieser Verstoßfälle verteilten sich auf die besonders kinder- und jugendrelevanten Dienste YouTube, TikTok, Instagram, Facebook, Twitter und Pinterest. Als Teil des Monitorings überprüft jugendschutz.net bei diesen kontinuierlich die Meldesysteme (im Berichtszeitraum mit 485 Fällen).

Neben den Mainstream-Plattformen wurden auch Alternativ- und Ausweichplattformen in den Blick genommen. Islamist:innen versprechen sich hier mehr Sicherheit, weniger Regulation oder Zugang zu einem besonders auch jugendlichen Nischenpublikum. Zu solchen Diensten zählen SoundCloud oder Telegram.

Gros der Fälle auf beliebten Plattformen – Betreiber löschen nicht konsequent

Die meisten von jugendschutz.net erfassten Verstöße, bei denen Maßnahmen eingeleitet wurden, fanden sich auf großen Plattformen mit den höchsten User:innen-Zahlen. Dies ist wenig überraschend, da Dienste wie YouTube, Instagram oder Facebook in der Online-Mediennutzung allgemein eine zentrale Rolle spielen. Besonders für Kinder und Jugendliche gehören Soziale Netzwerke neben Messengern zum Alltag. Umso wichtiger ist es, dass Anbieter unzulässige extremistische Inhalte schnell von ihren Plattformen entfernen. Dort, wo Dienste systematisch zu Propagandazwecken missbraucht werden, müssen die Betreiber zudem effektive Vorsorgemaßnahmen ergreifen. Hierzu gehören altersgerechte Voreinstellungen von Funktionen und eine geeignete Altersprüfung.

jugendschutz.net überprüft bei YouTube, Instagram, TikTok, Pinterest, Facebook und Twitter regelmäßig die Maßnahmen zum Schutz junger Nutzer:innen vor Interaktionsrisiken.

Alle Dienste bieten User:innen die Möglichkeit, Inhalte zu melden. Bei YouTube kann das Meldesystem ohne Account nicht genutzt werden, obwohl die meisten Inhalte auch ohne Registrierung aufrufbar sind. Bei Facebook und Pinterest fehlt es nach wie vor an Meldemöglichkeiten für Profile. Bei Twitter wiederum können dem Support über die angebotenen Meldeoptionen nur solche Verstöße zur Kenntnis gebracht werden, die unter das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) fallen. Jugendmedienschutzrechtliche Verstöße, die nicht davon erfasst sind, können User:innen nicht melden.



*Monitoring und
schnelles Reagieren
auf Hinweise
nötig.*

Die Reaktion auf Meldungen prüft jugendschutz.net in einem zweistufigen Verfahren: Im ersten Schritt werden Verstöße gegen den JMStV, bei denen kein:e deutscher Verantwortliche:r erkennbar ist, als einfache Usermeldung übermittelt. Ist nach 7 Tagen keine Löschung oder Sperrung erfolgt, fordert jugendschutz.net offiziell als Institution den Betreiber zur Entfernung auf und nutzt dafür auch besondere Meldewege. Der Verstoß wird letztmalig nach weiteren 7 Tagen überprüft und das Ergebnis festgehalten.

Von 485 so gemeldeten Verstößen im Themenfeld Islamismus löschten/sperrten die Dienste im Zeitraum 2021 bis einschließlich Juni 2022 im Schnitt nur 31 % nach einer Usermeldung. Weitere 47 % wurden nach direktem Kontakt durch jugendschutz.net gelöscht/gesperrt. Dabei zeigen sich teils deutlich Unterschiede zwischen den Diensten: Während YouTube mit einer Gesamtlöschquote von 96 % fast alle gemeldeten Angebote entfernte, löschte TikTok insgesamt lediglich 50 %.



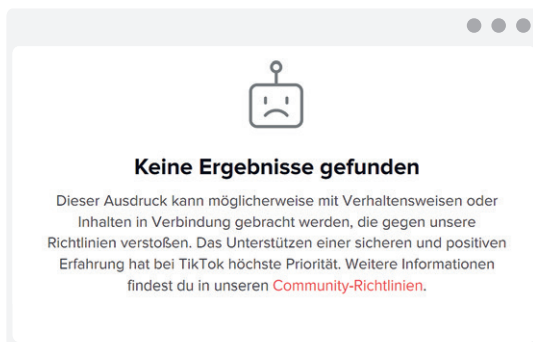
*Löschquoten
teilweise sehr
unbefriedigend.*

Social-Media-Dienste ergreifen unterschiedliche strukturelle Maßnahmen, um die Verbreitung von islamistischem Content zu verhindern. Auch zeigen sich Unterschiede im Umgang mit extremistischen Botschaften auf ihren Plattformen. So gingen die Dienste nicht gleichermaßen strikt gegen dieselben Arten von Verstößen vor. Strafbare Kennzeichen wurden im Durchschnitt in 33 % der Fälle nach Usermeldung gelöscht/gesperrt. Während Pinterest in 69 % der Fälle und Instagram bei 35 % Abhilfe schafften, löschte/sperrte Facebook nur 29 %, Twitter nur 15 % dieser Verstoßart. Die niedrigste Löschquote hatte YouTube mit lediglich 1 %.

Das registrierte Fallaufkommen variiert je nach Dienst. Während jugendschutz.net auf Instagram im Berichtszeitraum 117 Verstößfälle registrierte, waren es auf TikTok 30 Fälle. Die verbotene Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen war allerdings auf allen Plattformen der häufigste Verstoß. Mit deutlichem Abstand dazu sind Fälle von Volksverhetzung dort, wo sie registriert wurden, die zweithäufigste Verstoßart.

Neben dem Löschen und Sperren von Hass-Inhalten ergreifen Diensteanbieter auch Vorsorgemaßnahmen, damit potenziell jugendgefährdender und beeinträchtigender Content keine große Reichweite erzielt. Bei TikTok beobachtete jugendschutz.net, dass einige Hashtags, die häufig im Zusammenhang mit islamistischen oder dschihadistischen

Inhalten genutzt werden, in der Suchfunktion zu keinen Ergebnissen mehr führten. Es erschien eine Meldung, die beispielsweise darauf verweist, dass ein Ausdruck „mit Verhaltensweisen oder Inhalten in Verbindung gebracht werden“ könne, die gegen die Richtlinien des Dienstes verstießen. Verlinkt wurden dazu die eigenen Community-Richtlinien. Entsprechende Begriffe scheint TikTok zu sperren, um die Verbreitung von extremistischen Inhalten auf der Plattform einzudämmen.



Einschlägige Hashtags aus der islamistisch-dschihadistischen Szene sind bei TikTok teilweise nicht mehr suchbar.
(Quelle: TikTok)

Allerdings hilft eine Sperrung von bestimmten Suchworten nur begrenzt zur Einschränkung entsprechender Inhalte. Als Reaktion können alternative Hashtags verwendet werden. Außerdem stellte jugendschutz.net in mehreren Fällen fest, dass das Austauschen einzelner Buchstaben durch Zahlen – eine webkulturell verbreitete alternative Schreibweise, auch als „Leetspeak“ bekannt – wieder zu einschlägigen Suchergebnissen führte. Zudem bleiben verstoßende Inhalte selbst auch nach der Sperrung der Hashtags online und sind zum Beispiel über Suchmaschinen oder direkte Links, die in anderen Diensten verbreitet werden, weiterhin aufrufbar.

Offen militant-dschihadistische Auftritte begegneten jugendschutz.net kaum. Es dominieren islamistische Inhalte, die gegebenenfalls zwar als antidemokratisch einzustufen sind oder die sich gegen bestimmte gesellschaftliche Gruppen richten. Sie bleiben dabei aber in der Regel unterhalb der Strafbarkeitsgrenze.

Bei der Beurteilung solcher Inhalte müssen stets das Recht auf Meinungsfreiheit und Religionsfreiheit berücksichtigt und diese mit dem Recht von Kindern und Jugendlichen auf freie Entwicklung der Persönlichkeit und damit auch auf Schutz vor Gefährdung und Beeinträchtigung abgewogen werden. Insgesamt gestalten sich die Bewertung und der rechtliche Umgang mit islamistischer Onlinepropaganda sehr komplex. Denn Islamist:innen achten aus strategischen Gründen sehr genau darauf, was sie im Rahmen gesetzlicher Regelungen oder der Nutzungsrichtlinien von Social-Media-Diensten sagen und darstellen dürfen, um nicht rechtlich belangt oder gesperrt zu werden.



*Vorgehen gegen
Extremismus auf
unterschiedlichen
Ebenen möglich.*

REGISTRIERTE VERSTOSSFÄLLE:

557

Social-Media-Dienste sind zentrale Mittel zur Verbreitung islamistischer Propaganda. 100 % der Fälle wurden dort gesichtet. Von den 557 registrierten Verstoßfällen fanden sich insgesamt 91 % auf den großen Plattformen Facebook, Instagram, Pinterest, TikTok, Twitter und YouTube.

Anhand von 485 Verstoßfällen wurden die Meldesysteme überprüft.

	Fälle	Gelöscht/ gesperrt nach Usermeldung	Gelöscht/gesperrt nach Kontakt durch jugendschutz.net	unverändert	Lösch-/ Gespertrate gesamt
YouTube	92	2 %	93 %	4 %	96 %
Instagram	117	32 %	46 %	21 %	79 %
Twitter*	58	17 %	62 %	21 %	79 %
Pinterest*	100	69 %	7 %	24 %	76 %
Facebook	88	30 %	42 %	28 %	72 %
TikTok	30	20 %	30 %	50 %	50 %
Gesamt	485	31 %	47 %	22 %	78 %

* Dienst nur bis 2022 Teil des kontinuierlichen Meldetestverfahrens
(Abweichungen zu 100% sind auf Rundungen zurückzuführen)

SoundCloud



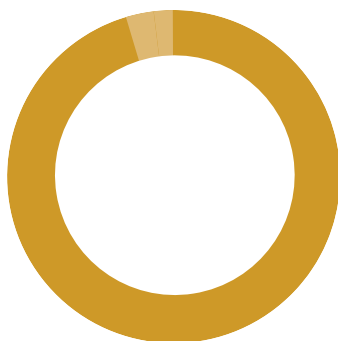
Steam



Telegram



Aktivitäten zur Löschung und Ahndung in **557** Verstößfällen



In **94 %** der Verstößfälle wurde eine Löschung oder Sperrung erreicht.

Schwere Verstöße überwiegen deutlich:

430

Kennzeichen
verfassungswidriger
Organisationen



58

Volksverhetzung

28

Verletzungen der
Menschenwürde

18

Kriegsverherr-
lichung

12

Gewalt-
darstellung

11

andere
Verstöße

Über jugendschutz.net

jugendschutz.net fungiert als das gemeinsame Kompetenzzentrum von Bund und Ländern für den Schutz von Kindern und Jugendlichen im Internet. Die Stelle recherchiert Gefahren und Risiken in jugendaffinen Diensten. Sie wirkt darauf hin, dass Verstöße gegen Jugendschutzbestimmungen beseitigt und Angebote so gestaltet werden, dass Kinder und Jugendliche sie unbeschwert nutzen können.

Die Jugendministerien der Länder haben jugendschutz.net 1997 gegründet. Die Stelle ist seit 2003 an die Kommission für Jugendmedienschutz (KJM) angebunden. jugendschutz.net wird finanziert von den Obersten Landesjugendbehörden, den Landesmedienanstalten und gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

jugendschutz.net nimmt über seine Online-Beschwerdestelle Hinweise auf Verstöße gegen den Jugendmedienschutz entgegen.

Verstöße im Netz können gemeldet werden unter:

jugendschutz.net/verstoss-melden
hass-im-netz.info/melden